Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 33. Postfach Nr. 32.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse: Riesa Nr. 32.

№ 255. **Dienstag, 1. November 1927, abends.** **80. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorausbezahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für bis 39 mm breite, 5 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 85 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige. Zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Beauftragter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtsägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die italienische Flotten-Demonstration.

Von den vielen Eigenschaften, die den italienischen Duce auszeichnen, verdient seine starke Befähigung, immer und immer wieder der Welt neue Ueberraschungen zu bereiten, nicht an letzter Stelle genannt zu werden. Daß Mussolini am fünften Jahrestage des Marsches auf Rom irgend eine neue Sensation parat halten würde, das ließen gewisse Vorzeichen der vergangenen Wochen schon ahnen. Daß er aber mit einem so gewaltigen Schlag ausholen würde, hatte man nicht erwartet. Die Entsendung der drei italienischen Kriegsschiffe nach Tanger war schon seit langem beschlossene Tatsache, die Welt wußte von diesem italienischen Vorhaben und glaubte nicht, sich darüber besondere Kopfschmerzen machen zu müssen. Warum sollten auch nicht italienische Kriegsschiffe einmal der Hafenstadt Tanger einen Besuch abstatten? Flottenbesuche sind bei allen Nationen gang und gäbe, sie können niemals als Demonstrationen gewertet werden, wenn das Programm dieser Besuche sich in den üblichen Formen der diplomatischen Geflogenheiten hält. Insofern berührte der Entschluß Roms, einige Kriegsschiffe nach Tanger zu entsenden, schon von vornherein etwas eigenartig, als dieser Besuch gerade mit dem Jahrestage der römischen Faschisten-Feier zusammenfiel, ein Mitglied des königlichen Hauses sich an Bord des Flaggschiffes befand, und im übrigen die etwas aus dem Rahmen fallende große Einweihungsfeier einer italienischen Wohlfahrtseinrichtung in Tanger vorgesehen war. In dem Zusammentreffen dieser drei Tatsachen lag eine gewisse Absicht, die man überall verstand, die sicherlich auch in Paris besonders peinlich berührte, die aber nichtsdestoweniger keinen Anlaß bot, eine besondere Aufregung in den an dem Tanger-Statut interessierten Völkern hervorzurufen. Hätte Mussolini es bei diesem „Programm" belassen, so wäre die Weltöffentlichkeit um eine Sensation ärmer gewesen. Aber der Duce ersparte uns nicht die Sensation.

Das Brüskierende, Provozierende, Demonstrierende dieses italienischen Flottenbesuches in Tanger liegt nicht in der Anwesenheit der drei italienischen Kriegsschiffe, sondern in der amtlichen italienischen Erklärung, die keinen Zweifel darüber läßt, wie man diesen Flottenbesuch zu charakterisieren hat: „Der Besuch eines italienischen Geschwaders ist nicht nur ein Zeichen der Flagge, sondern eine Ermahnung zu dem Zeitpunkt, an dem neue Verhandlungen zwischen Frankreich und Spanien über Tanger eröffnet worden sind, daß die italienische Regierung nach wie vor das gegenwärtige Statut für Tanger nicht anzuerkennen vermag und kein Uebereinkommen anerkennen wird, das zustandekommen sollte ohne Italiens Mitwirkung." Das ist wirklich sehr deutlich gesprochen. Denn nach dem Wortlaut der italienischen Auslassung ist der Flottenbesuch in Tanger „eine Ermahnung", also, um sich des Begriffsausdrucks der diplomatischen Sprache zu bedienen, eine Flotten-Demonstration. Gegen wen diese Demonstration gerichtet ist, liegt klar auf der Hand. Man kann es daher der französischen Presse nicht verübeln, wenn sie diesen Vorstoß Mussolinis als einen „unfreundlichen Akt" gegen Paris auffaßt und versucht, dem italienischen Ketl anderthalben draufzusehen. Es gab in den letzten Jahren wiederholte Vorkommnisse, die das Verhältnis Italiens zu Frankreich ins richtige Licht setzten. Aber diese Vorkommnisse (die Zusammenstöße an der Grenze, die Garibaldi-Affäre), abgesehen von einigen Entgleisungen in den bekannten Mussolini-Reden, trugen zum mindesten keinen offiziösen Charakter. So konnten sie auch verhältnismäßig rasch beigelegt werden. Die Flotten-Demonstration Mussolinis in Tanger aber ist eine offizielle italienische „Ermahnung" in erster Linie an Paris. Diese „Ermahnung" erfolgte in einer Form, die unbedingt einen Schritt der französischen Regierung veranlassen wird. Wenn man auch geneigt ist zu glauben, daß auch dieser letzte italienische Tanger-Zwischenfall nicht zu schwerwiegenden, den Frieden Europas beeinträchtigenden Komplikationen führen wird, so täuscht das doch nicht darüber hinweg, daß die letzte Tat Mussolinis die innere Spannung zwischen den beiden Völkern wesentlich verschärft hat. Will es Mussolini wirklich auf einen Krieg ankommen lassen? Glaubt er wirklich, das Italien der Nachkriegszeit stark genug gemacht zu haben, um einem solchen gefährlichen Gegner, wie Frankreich es ist, die Spitze bieten zu können? Hat Mussolini vergessen, daß der „Sieg" Italiens im Weltkriege mehr ein Ergebnis politischer und diplomatischer Gewandtheit Roms war, als die Folge der militärischen Tüchtigkeit seines Landes? Diese Fragen beantworten, heißt, der Auslandspolitik eines Mussolini keine Ehre angedeihen zu lassen. Italien hat es verstanden, sich in den Jahren nach dem Kriege eine sehr gewichtige Rolle in der Welt-Diplomatie zu verschaffen. Aber auch diese Rolle ergab sich mehr aus der Regsamkeit des Faschismus, als aus der Tatsache einer neuen und wesentlichen Erstarkung der italienischen Macht nach außen. Sollte daher Mussolini wirklich sich zu einer Ueberschätzung der tatsächlichen Stärke seines Landes hinreißen lassen, so spielt er nicht nur freventlich mit dem Frieden Europas, sondern auch mit dem Schicksal seines eigenen Landes, das unter Umständen die neue Weltkatastrophe am schwersten zu büßen haben würde.

Die Kämpfe in China.

X **London.** Nach Reutermeldungen aus China landeten französisch-annamitische Truppen in Hankau. Die Truppen von Schansi, die Dschodschou, südlich von Peking, besetzt hatten und halten, lehnen die Uebergabe ab. Die Truppen von Nanking setzen ihren Vormarsch Jangtsiaufwärts fort.

Eine Rede des Reichskanzlers Dr. Marx.

Der Auftakt zum Wahlkampf.

* **Essen**, 30. Oktober. (Telunion.) Auf dem Parteitag des Zentrums für den Wahlkreis Düsseldorf-Ost sprach **Reichskanzler Marx** bei der öffentlichen Kundgebung.

Der Reichskanzler führte u. a. aus, daß man es ihm verüble, ein **Kabinett mit Einschluß der Deutschnationalen** gebildet zu haben. „Sonderbar", so sagte der Reichskanzler, „mute der Vorwurf an, als hätte ich die Treue gebrochen, die ich in den vergangenen Jahren den republikanisch gesinnten Volkskreisen versprochen habe. **Wenn einer Veranlassung hat, sich zu beklagen, so bin ich es, dessen Kabinett man in einem Augenblick stürzte, in dem ich hinsichtlich der Reichswehr Zusagen machen konnte, die vollauf den Forderungen der sozialdemokratischen Fraktion entsprachen. Zusagen, die, das möchte ich besonders unterstreichen, auf meine Veranlassung auch in das Programm des neuen Kabinetts mit aufgenommen und inzwischen durchgeführt worden sind.** Für das Zentrum war der Gedanke bestimmend, daß eine Reichstagsauflösung keine wesentlichen Aenderungen des bestehenden Zustandes herbeiführen, dafür aber auf Monate hinaus jede positive Arbeit verhindern würden."

Marx behauptete ferner, daß die Republik gerade im letzten Jahre gefestigt worden sei; und **er könne es nur als einen großen Fortschritt werten, wenn eine Partei, die bisher in schroffster Opposition gegen die Republik gestanden habe, sich bereit findet, auf dem Boden der Verfassung von Weimar positive Arbeit zu leisten.** Man brauche nur hinzuweisen auf die Verlängerung **des Republikschutzgesetzes** und auf das große soziale Werk **der Arbeitslosen-Versicherung**, das ein bleibendes Verdienst **des Reichsarbeitsministers** Brauns sei.

Was den **Flaggenstreit** anbelangt, so bedauerte Marx, daß dieser Streit jetzt mit einer Leidenschaft geführt werde, die das deutsche Volk in zwei Lager zu spalten droht und es sei noch mehr zu bedauern, wenn etwa der nächste Wahlkampf unter der Parole „Die schwarz-weiß-rot, die schwarz-rot-gold" geführt werden sollte. Schwarz-rot-gold sei keine Verketzerung und Verkennung von schwarz-weiß-rot und wer schwarz-weiß-rot in Ehren hält, brauche deshalb schwarz-rot-gold nicht zu schmähen. Wer ernstlich den Flaggenfrieden wolle, der sorge dafür, daß die Flaggen von einst und jetzt nicht herabgesetzt, sondern so geehrt werden, wie es den Flaggen einer Nation, die auf ihre Würde hält, gebühre.

Die **deutsche Außenpolitik** weise seit einer Reihe von Jahren eine durchaus gerade Linie auf und es sei nicht zuletzt das Verdienst der Zentrumspartei, daß diese Politik, deren Erfolge niemand mehr bezweifeln kann, unter der Kanzlerschaft eines Zentrumsmannes, eines Dr. Wirth eingeleitet worden sei.

Auf die **Zurücknahme der Besatzungstruppen** eingehend sagte Marx: „Wir erneuern immer wieder den dringenden Hinweis auf unser Recht", **die völlige Räumung des besetzten Gebietes zu verlangen.**"

Auffallend sei das Aufsehen, daß die Rede des **Reichspräsidenten von Hindenburg bei der Enthüllung des Tannenberg-Denkmals** in manchen Kreisen des Auslandes erregt habe, eine Rede, die sowohl von ihm, wie auch von dem Herrn Reichsaußenminister gebilligt worden sei.

Marx wies auf seine **Erklärung** hin, die er namens der Reichsregierung am 29. August 1924 **anläßlich der Annahme der Dawesgesetze** im Reichstage abgegeben habe und betonte, daß die **Frage der Kriegsschuld** nur durch wissenschaftliche Forschung gelöst werden könne.

Der Reichskanzler fuhr fort:

Aber ein anderes habe ich schon des öfteren mit der Besprechung der **Kriegsschuldfrage** verbunden. Wir müssen und wollen in dieser Frage lediglich vom Standpunkt der Moral und der Ehre aus kämpfen. Wir werfen die Frage nach der Kriegsschuld in der Ueberzeugung auf, daß eine wahre Versöhnung der Nationen unmöglich ist, solange ein Mitglied der großen Völker-Familie in den Augen der anderen gebrandmarkt wird und bleibt. Wir empfinden die Behauptung, als habe Deutschland den europäischen Brand entfesselt, als eine schwere und tief verletzende Ungerechtigkeit. Wenn die deutsche Regierung und das deutsche Volk aus dieser Empfindung heraus die Aufdeckung der Wahrheit fordern, so ist das also kein taktisches Mittel, um sich von irgendwelchen Verpflichtungen materieller Art zu befreien. Die uns aus dem Vertrage obliegenden materiellen Verpflichtungen haben wir bisher auf das loyalste erfüllt und werden das auch weiterhin tun. Lediglich um unserer Ehre willen, die jeder Nation als das höchste Gut gelten muß, haben wir an die Geschichte appelliert. Lediglich zu diesem Zweck haben wir unsere Archive geöffnet, damit die ehrlichen Erforscher der Vergangenheit in der Lage sind, die Ursache der Katastrophe von 1914 klarzulegen.

Nachdem der Reichskanzler zu dem **Schreiben des Reparationsagenten an den Reichsfinanzminister** und über die Beamtenbesoldungsvorlage, die wenigstens für das erste Jahr aus den zur Verfügung stehenden Mitteln ohne neue Steuern gedeckt werde, gesprochen hat, führt er zum

Schulgesetz

noch folgendes aus:

Was nun das Volksschulgesetz anbetrifft, so hoffe ich, daß es gelingen wird, **dem dem Reichstag vorliegenden Regierungsentwurf eine Gestaltung zu geben, die allen berechtigten Wünschen der verschiedenen Parteien und Weltanschauungsgruppen gerecht wird.** Das Reichsvolksschulgesetz soll Arbeit an Deutschlands Wiederaufbau sein. **Die bürgerliche Toleranz muß das leitende Prinzip bei der Schaffung des Volksschulgesetzes sein. Es soll niemand gezwungen werden, seine Kinder in eine Schule zu schicken, die seiner Weltanschauung nicht entspricht. Es soll dem Elternwillen überlassen bleiben, welche von den drei in der Verfassung vorgesehenen Schularten jeweils zur Anwendung gebracht wird.** Man hat heute den Elternwillen als etwas Nebensächliches hingestellt. Wenn in dem jungen deutschen Volksstaat die Freiheit herrschen soll, dann darf sie bei dem Elternwillen nicht halt machen.

Ich bedauere, daß das Volksschulgesetz zu einem **Kampfobjekt der Parteien** geworden ist. Darüber ist sich doch wohl niemand im unklaren, ob das Volksschulgesetz von einer mehr nach rechts tendierenden Koalition gemacht wird oder von einer solchen, in der die Linke den Einfluß besitzt, den heute die Rechte hat. Die Gleichberechtigung der drei Schularten wird auf jeden Fall in einem Gesetz enthalten sein, das unter Mitwirkung des Zentrums zustande kommen soll. Sollte dem nächsten Reichstag die Aufgabe überlassen bleiben, das Reichsvolksschulgesetz, das nun einmal in der Verfassung vorgesehen ist und infolgedessen geschaffen werden muß, zu erledigen, — nun, wir fürchten einen Wahlkampf, in dem es um die Schule geht, nicht. **Ob ein Reichstag nach einem Wahlkampf besser ein Volksschulgesetz zustande bringt, als der jetzige, möchte ich bezweifeln.** Glauben möchte ich aber, daß die große Mehrzahl der Parteien ein Interesse daran hat, das Volksschulgesetz noch in dieser Legislatur-Periode zu erledigen. **Wir können uns den Luxus kulturpolitischer Kämpfe, die sehr leicht sich entspinnen können, nicht leisten.**

Hier und da hört man bereits **Parolen für den nächsten Wahlkampf.** Es scheint mir verfrüht, schon jetzt auf Einzelheiten einzugehen. Das eine wird man jetzt schon mit aller Bestimmtheit als Zentrumsgrundsatz auch für den kommenden Reichstag feststellen können: das Zentrum wird nach den kommenden Wahlen, in die es, was ich mit Nachdruck nochmals betone, ohne jede Bindung hineingehen wird, genau so wie früher seine Kraft dem Staate zur Verfügung stellen und mit denjenigen Parteien Staatspolitik betreiben, die geneigt sind, mit ihm zusammen die bisherige Politik im wesentlichen fortzusetzen und auf dem Boden der Verfassung das Staatswohl zu fördern.

Mit einem Hinweis auf die Verdienste der großen Zentrumsführer schloß der Reichskanzler unter starkem Beifall seine Rede.

Prinz Georg Wilhelm von Schönaich-Carolath gestorben.

X **Saabor** (Kr. Grünberg), 31. Oktober. Prinz Georg Wilhelm von Schönaich-Carolath, der zweite Sohn der Gemahlin des ehemaligen Kaisers, ist vorgestern abend in der Nähe von Saabor mit seinem Motorrad auf den Wagen eines Gutsbesitzers aufgefahren und erlitt bei dem Sturz einen Schädelbruch. Nach einer am Abend vorgenommenen Operation im Grünberger Krankenhaus Bethesda hatte sich sein Befinden etwas gebessert. Sein Soziusfahrer und eine Landfrau wurden leicht verletzt.

Grünberg in Schles. (Funkspruch.) Der zweite Sohn der Gemahlin des früheren Kaisers Prinz Georg Wilhelm von Schönaich-Carolath ist heute früh im hiesigen Krankenhaus den Verletzungen erlegen, die er am Sonntag bei einem schweren Motorradunfall erlitten hatte. Die Mutter des Verunglückten Kaiserin Hermine hat die Nachricht in Berlin erhalten, als sie sich auf der Reise zu ihrem verunglückten Sohne befand.

Anschlag auf den Präsidenten der Republik Griechenland.

X **Athen.** Auf den Präsidenten Condouriotis wurde, als er nach Eröffnung einer Bürgermeister-Versammlung im Rathaus seinen Kraftwagen bestieg, durch einen jungen Mann ein Revolveranschlag verübt. Der Präsident wurde im Gesicht leicht verletzt, er begab sich in eine nahe gelegene Klinik. Die Menge versuchte, den Täter bei seiner Verhaftung zu lynchen.

Wie zum Anschlag auf den Präsidenten der Republik Condouriotis weiter bekannt wird, war die Kraft der Kugel dadurch abgeschwächt worden, daß sie ein Fenster des Kraftwagens durchschlug. Infolgedessen hat sie die Stirn des Präsidenten nur gestreift. Die Mitglieder des Kabinetts beglückwünschten den Präsidenten zu seiner Rettung aus Lebensgefahr.

Könnekes Abflug nach Karachi.

X **Bender Abbas**, 31. Oktober. Der deutsche Flieger Könneke ist heute vormittag nach Karachi abgeflogen und nach glücklichem Fluge dort gelandet.